

JUNOS

PRÄVENTION UNGEWOLLTER SCHWANGERSCHAFTEN BEI JUGENDLICHEN

Beschlossen durch: XIII. Bundeskongress, Wien
Beschlossen am: 24. Oktober 2015

Die Emanzipationsbewegung der 1960er Jahre hat vor allem durch eine konkrete Errungenschaft die Gleichstellung der Frauen in der Gesellschaft ermöglicht: die Familienplanung. Die bewusste Entscheidung darüber, ob und wann man als Frau Kinder bekommen möchte. Seit der Einführung der Pille und der Ermöglichung des Schwangerschaftsabbruchs durch die Fristenlösung hat sich in Österreich jedoch nur wenig weiterbewegt, um die sexuelle Integrität und Selbstbestimmtheit der Frauen weiter zu fördern.

Nach Analysen ist Österreich auch Spitzenreiter bei ungewollten Schwangerschaften von Jugendlichen, wodurch es zu einem verfrühten Ausscheiden aus dem Arbeitsleben bzw. zu einer wesentlichen Erschwernis des weiteren Ausbildungsweges der betroffenen Frauen kommt. Dieses soziale und persönliche Dilemma führt in weiterer Folge auch zu höheren Kosten für unsere Gesellschaft. Ungewollte Schwangerschaften lassen sich sowohl auf fehlende als auch fehlerhafte Verhütung zurückführen. Ob verhütet wird oder nicht wird in Österreich stark durch den Bildungsgrad und das Einkommen beeinflusst.^[1]

Informationen über Schwangerschaftsabbrüche und deren Gründe sind in Österreich auf Grund der Rechtslage kaum vorhanden. Schätzungen gehen von 30.000-40.000 Abbrüchen pro Jahr aus, was einer der höchsten Abbruchraten Westeuropas entspricht.^[2] Die Mehrheit der Abbrüche wird laut Studien in der Altersgruppe der unter-30-jährigen Frauen durchgeführt, 14,2 Prozent in der Gruppe der 11–20-Jährigen.^[1]

Festzustellen ist auch, dass im Jahr 2008 81 Prozent der gebärenden Teenager in keinem fixen Arbeitsverhältnis standen und/oder keine Ausbildung absolvierten. Daher kann hierbei von einem niedrigen sozialökonomischen Status ausgegangen werden. Darüber hinaus ist darauf hinzuweisen, dass junge alleinerziehende Mütter eine der höchsten Risikogruppen in Bezug auf Armutsgefährdung darstellen.^[3]

Die JUNOS – Junge liberale NEOS sprechen sich auf Grund dieser Problematik für folgende Maßnahmen aus:

1. Statistik und Dokumentation

Um in Zukunft gezielte präventiv-aufklärende Maßnahmen setzen zu können, fordern wir das Führen von Statistiken in Bezug auf Schwangerschaften sowie daraus folgende Geburten oder Schwangerschaftsabbrüche. Insbesondere soll hierbei auch die Gruppe der 14–16-Jährigen erfasst werden und vermehrt auf sexuell Unmündige eingegangen werden.

2. Aufklärung und Professionalisierung der Sexualerziehung

Die JUNOS – Junge liberale NEOS fordern einen professionellen Aufklärungsunterricht mit besonderem Augenmerk auf Verhütungsmethoden sowie einer Vermittlung der positiven Aspekte menschlicher Sexualität. Dies soll im Rahmen der Schulautonomie eigenständig organisiert werden, jedoch spätestens ab dem Erreichen der 5. Schulstufe stattfinden. Darüber hinaus sollte die Aufklärungssituation durch eine externe sexualpädagogisch/gynäkologisch ausgebildete Personen verbessert werden, indem mindestens einmal pro Jahr verpflichtende Aufklärungsveranstaltungen während der regulären Schulzeit abgehalten werden, deren Inhalt die unterschiedlichen Möglichkeiten der Verhütung sowie deren Anwendung, Wirkung und Zugang sind.

3. Kostenübernahme von Verhütungsmitteln

Freie Entscheidung über Familienplanung und Sexualität gehören zu einem selbstbestimmten Leben. Da finanzielle Gesichtspunkte insbesondere bei Minderjährigen schwerwiegen, fordern wir eine Kostenübernahme für alle zugelassenen Verhütungsmittel durch die jeweilige Krankenkasse für Minderjährige, wobei sich die Höhe der Förderung an der jährlichen Durchschnittskosten für die „Pille“ orientieren soll. Dies soll weitgehend unbürokratisch und auch ohne das Wissen der Eltern ermöglicht werden. Zusätzlich soll der (kostenlose) Zugang zu Kondomen für Minderjährige erleichtert werden, um ergänzend zur Verhütung auch vor sexuell übertragbaren Krankheiten zu schützen. Kostenfreier Zugang zu Verhütungsmitteln würde auch die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche reduzieren.

4. Finanzielle Unterstützung bei Schwangerschaftsabbrüchen

Die schwierige Entscheidung über einen Schwangerschaftsabbruch bei Minderjährigen sollte nicht von finanziellen Aspekten abhängen. Jedenfalls sollte eine Entscheidung gegen einen Schwangerschaftsabbruch nicht deswegen getroffen werden, weil der Eingriff für die Betroffene nicht leistbar ist. Der Staat hat daher (über einen Sozialfonds) für Minderjährige einen unbürokratischen Zugang zu finanzieller Unterstützung für Schwangerschaftsabbrüche zur Verfügung zu stellen.

Die JUNOS – Junge liberale NEOS sprechen sich darüber hinaus auch dafür aus, Schwangerschaftsabbrüche in allen österreichischen Landeskrankenhäusern zu ermöglichen. Dennoch soll jeder Arzt die Möglichkeit haben, die Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs aus ethischen Gründen abzulehnen. Des Weiteren sollen auf Grund der psychologischen Belastung zwischen dem verpflichtenden Beratungsgespräch und dem Eingriff mindestens 72 Stunden vergehen.

[1] Gynmed Ambulatorium | [Österreichischer Verhütungsreport 2012](#)

^[2] derStandard.at | 30.04.2015 | [Und wo bleibt die Verhütung?](#)

^[3] Gesundheit Steiermark | [Kinder- und Jugend-Gesundheitsbericht 2010 für die Steiermark](#)